

## Wie die Religionspolitik sich nach der Bundestagswahl ändern könnte

### Zu den religionspolitischen Programmen der Parteien in Deutschland

Von Sven W. Speer, Münster

In der Religionspolitik hat der Bund im Vergleich zu den Bundesländern nur in wenigen Punkten die alleinige Kompetenz. Dazu gehören die Militärseelsorge, die Befreiung der Geistlichen vom Wehrdienst, der zivilrechtliche Schutz des Beichtgeheimnisses und die Absetzbarkeit von Spenden an Religionsgemeinschaften. Allerdings setzt der Bund in wesentlichen Bereichen die Rahmenbedingungen: So garantiert das Grundgesetz Religionsfreiheit und die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates, welche die Gleichbehandlung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch den Staat vorgibt. Auch werden Vorgaben zum Religionsunterricht, zu den mit dem Körperschaftsstatus verbundenen Rechten und den Staatsleistungen gemacht. Tendenziell gibt der Bund den Ländern vor, Religionsgemeinschaften zu fördern und mit ihnen zu kooperieren.

Die religionspolitischen Inhalte des Grundgesetzes stammen aus einer Zeit, in der fast jeder Deutsche Mitglied der römisch-katholischen oder der evangelischen Kirche war und die Kirchen nach der nationalsozialistischen Zeit ein vergleichsweise hohes Ansehen in der Gesellschaft genossen. Mittlerweile hat sich die religiös-weltanschauliche Situation gewandelt: Die beiden Kirchen zählen nur noch jeweils ein Drittel der Bevölkerung, während ein Drittel keiner Konfession angehört. Hinzu kommt die Präsenz des Islam mit etwa vier Prozent Anteil an der Bevölkerung. Nicht nur sind weniger Menschen Mitglied einer der beiden großen Kirchen, insgesamt hat ihre Kirchenbindung auch nachgelassen. Die politische Unterstützung in der heutigen Form wird immer häufiger hinterfragt. So befürwortet die Hälfte der Bevölkerung etwa die Reduzierung des Religionsunterrichts zugunsten anderer Fächer.

### Nichts verändert sich

Dennoch verändert sich nichts. Die gewandelte religiös-weltanschauliche Situation hat bislang kaum Einfluss auf die Positionen der Bundestagsparteien. Für gläubige Menschen hat Religionspolitik eine weit höhere Bedeutung als für die nichtgläubigen. Die meisten Atheisten und Agnostiker betrachten die etablierten Kirchen nicht als Bedrohung ihrer Freiheit. Sie lassen sich daher für Religionspolitik weit schlechter mobilisieren als religiöse Menschen, die im Falle von Änderungen einen Verlust ihrer politischen Unterstützung befürchten. Zwar wurde ein „Koordinierungsrat säkularer Organisationen“ (KORSO) in Anlehnung an den Koordinierungsrat der Muslime in

Deutschland (KRM) gegründet, aber selbst in der „Welthauptstadt des Atheismus“ Berlin haben die säkularen Weltanschauungsgemeinschaften weit weniger Mitglieder als die in Berlin recht kleinen Großkirchen.

Muslimen sind zwar in beachtlicher Weise in Deutschland vertreten, aber zahlenmäßig und organisatorisch können sie nicht mit den großen Kirchen konkurrieren. Ihre Vertreter wollen keine Reform der Religionspolitik, sondern in den Genuss ihrer Vorzüge kommen. Muslimische Organisationen sind für eine derartige Inkorporation mit wenigen Ausnahmen aktuell zwar noch nicht geeignet, aber ihre Repräsentanten üben sich offiziell in Geduld. Sie sind zwar Außenseiter in der deutschen Religionspolitik, haben jedoch mehr zu gewinnen, wenn sie das bisherige Modell von Staat und Kirche unterstützen. Sie kooperieren daher nicht mit den säkularen Organisationen, die ebenfalls Außenseiter in der deutschen Religionspolitik sind und eine strikte Trennung von Staat und Religion fordern.

### **Wie stehen die Parteien zur Religion?**

CDU und CSU können noch immer auf einen großen Teil der religiösen Wähler in Deutschland zählen. Dennoch sind die Zeiten der ersten Jahre der Bundesrepublik vorbei, in denen die Unionsparteien und die katholische Kirche in den meisten Bereichen einer Meinung waren. Überraschend deutliche Worte der evangelischen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) an Papst Benedikt XVI. zum Thema Piusbruderschaft und die eher liberale Position der katholischen Wissenschaftsministerin Annette Schavan (CDU) zum Stammzellengesetz zeigen, dass die „christliche“ Ausrichtung der Unionsparteien nicht deckungsgleich mit den Aussagen der Kirchen ist. Die Union muss mehr denn je offen für weniger dogmatische Wähler sein und beschränkt sich daher darauf, den vorteilhaften Status der großen Kirchen zu erhalten – eine Ausweitung der politischen Unterstützung für Religion würde im Bundestag eh keine Mehrheit finden.

In der Sicherheits- und Integrationspolitik steht die Union dem Islam zwar skeptisch gegenüber, in der Religionspolitik zielt sie aber auf eine Inkorporation des Islam, da andernfalls die Legitimation der politischen Unterstützung für die großen Kirchen zweifelhaft würde. Zeugnis dafür legen die unionsgeführten Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern ab, die führend bei der Einführung des islamischen Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz sind. Da die Union sehr wahrscheinlich wie zuvor mehr als ein Drittel der Abgeordneten im nächsten Bundestag stellt, kann sie alle Änderungen des Grundgesetzes verhindern, die eine Stellung der Kirchen gefährden würden.

Die SPD stellt die religionspolitischen Regelungen auf Bundesebene nicht infrage. Die Annäherung von Sozialdemokraten und (insbesondere katholische) Christen in Deutschland war langwierig, schließlich aber von Erfolg gekrönt. Die wichtigsten Wendepunkte waren das Godesberger Programm von 1959 und Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965). Zwar stellt die SPD mit Klaus Wowereit in Berlin den aktuell wohl kirchenkritischsten Ministerpräsidenten, aber zugleich hat sie mit Franz Müntefering einen Parteivorsitzenden, der aus seiner katholischen Überzeugungen keinen Hehl macht. Der evangelisch-lutherische Gerhard Schröder war der erste Bundeskanzler, der bei seiner Vereidigung auf die Formel „so wahr mir Gott helfe“ verzichtete. Der evangelisch-reformierte Frank-Walter Steinmeier hingegen würde im Falle einer Kanzlerschaft die Gottesformel vermutlich benutzen, so wie er es auch bei den

Vereidigungen zu seinen Ministerposten stets getan hat. Auf Bundesebene wird die SPD die aktuellen religionspolitischen Regelungen keinesfalls infrage stellen, da kirchennahe Christen in der Partei einflussreich genug sind, um dies zu verhindern. Darüber hinaus würde eine derartige Politik lediglich zu einem Verlust kirchengebundener Wähler führen, nicht aber zur Erlangung neuer, kirchenferner Wähler. Die SPD steht zwar für den Status quo der Religionspolitik, was die politische Unterstützung für die Kirchen angeht, vertritt in einigen moralischen Fragen aber deutlich andere Positionen – etwa bei der Gentechnik, Abtreibung oder Homo-Ehe.

### **Verhältnis zwischen FDP und Kirchen verbessert**

Die FDP hat eine lange antiklerikale Tradition. Zu Beginn der Bundesrepublik war die kirchenkritische Haltung das zentrale Unterscheidungsmerkmal zur bürgerlichen Sammlungspartei CDU. Das Kirchenpapier von 1974 stellt in den Augen vieler kirchennaher Wähler den Höhepunkt dieser Tradition dar. Seitdem hat sich in der FDP einiges gewandelt. Unter dem Parteivorsitzenden Guido Westerwelle hat sich das Verhältnis der FDP zu den Kirchen deutlich verbessert. Westerwelles Vorgänger Wolfgang Gerhard war während seiner Amtszeit noch konfessionsfrei und trat dafür ein, die Kirchensteuer nicht mehr durch den Staat einzuziehen. Heute ist Gerhard wieder Mitglied der evangelischen Kirche, mit Westerwelle steht ein bekennender Protestant an der Spitze der FDP, und auch inhaltlich wie handelnd haben sich die Liberalen den Kirchen zugewandt. Das Kirchenpapier von 1974 wurde kürzlich durch einen Beschluss ersetzt, der die Regelungen des Grundgesetzes nicht mehr infrage stellt.

Auf Kirchentagen sind die Liberalen präsent wie nie. Mit dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Philipp Rösler sitzt sogar ein junger Prominenter der FDP im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, und vor einigen Monaten haben sich die Liberalen Christen gegründet. Obwohl die Liberalen den Status der Kirchen anerkannt haben, bleiben ihre moralischen Positionen – noch stärker als bei der SPD – in deutlichem Kontrast zu den kirchlichen Positionen, was Gentechnik, Abtreibung und Homo-Ehe angeht. Dass mittlerweile einige der Abgeordneten in Gewissensentscheidungen nicht mit der Fraktion stimmen, zeigt wohl eher die Offenheit der FDP als eine besondere Zuwendung zur Moral der Kirchen.

Die Grünen setzten sich in der Vergangenheit für eine stärkere Trennung von Staat und Kirchen ein, haben sich mittlerweile aber auch mit der Trennung im Sinne des Grundgesetzes arrangiert. Die moralischen Forderungen von Grünen und Kirchen – überraschenderweise sogar der katholischen – decken sich oft, von der Abtreibungsfrage und der Homo-Ehe abgesehen. Was die rigorose Ablehnung der Gentechnik und eine solidarische Wirtschaftspolitik angeht, ziehen Grüne und katholische Kirche an einem Strang. Mit Katrin Göring-Eckart steht eine Grüne als Präses an der Spitze der EKD-Synode, die sich in einer Abstimmung gegen den damaligen bayerischen CSU-Ministerpräsidentin Günther Beckstein durchgesetzt hat. Mit der prominenten Ausnahme von Antje Vollmer, die sich als einzige grüne Abgeordnete gegen die von Rot-Grün verabschiedete Stiefkindadoption durch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften ausgesprochen hat, scheuen die aktiven grünen Christen die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Kirchen aber nicht.

Die Themen, die Grüne und Kirchen trennen, also Abtreibung und Homo-Ehe, haben derzeit an politischer Aktualität verloren. Die Themen, bei denen sie eine gemeinsame

Grundlage haben, also Gentechnik und Wirtschaftspolitik, werden hingegen besonders intensiv diskutiert. Insofern werden die Grünen die Kirchen auf Bundesebene in den nächsten Jahren vor allem als Partner erleben und nicht als Widersacher. Einen so guten Partner werden sie nicht durch Forderungen nach einer stärkeren Trennung von Staat und Kirche verschrecken wollen.

Die Linkspartei schließlich hat sich schon deutlich auf die Kirchen zu bewegt und von der restriktiven Religionspolitik ihrer Vorgängerin SED verabschiedet. Dennoch fordert sie mit Abstand am deutlichsten, die politische Unterstützung von Religion in Deutschland zu beenden. Entsprechende Ziele konnte die Linkspartei auch dort umsetzen, wo sie Bündnispartner für eine „laizistische“ Religionspolitik fand, etwa in Berlin. Auf Bundesebene hingegen wird sich kein Koalitionspartner bereit erklären, die religionspolitischen Forderungen der Linkspartei zu unterstützen. Selbst in einer rot-rot-grünen Koalition würde sich die Linkspartei gegen SPD und Grüne nicht durchsetzen können, die bisherige Religionspolitik hätte also Bestand.

Das religionspolitische Schicksal der Linkspartei ist indes ungewiss. Zwar gab es mit Willibald Jacob bereits einen Pfarrer, der für die PDS im Bundestag saß (allerdings auch IM der Staatssicherheit der DDR war), aber eine spürbare Annäherung an die religionspolitischen Positionen der anderen Parteien hat bislang noch nicht stattgefunden. In den neuen Bundesländern spiegeln die laizistischen Forderungen der Linkspartei durchaus Einstellungen von breiten Teilen der Bevölkerung wider. In den alten Bundesländern hingegen könnten sie christliche Wähler verschrecken. Gerade die deutliche Kapitalismuskritik vieler engagierter Christen bildet für die Linkspartei einen Anknüpfungspunkt, um im Westen neue Anhänger zu gewinnen. Dieses Reservoir kann sie aber nur ausschöpfen, wenn sie von einer strikten Trennung von Staat und Kirchen absieht. Da die Partei dadurch ihre Wählerschaft in den neuen Bundesländern kaum gefährdet, wird sie mittel- bis langfristig wohl diesen Weg einschlagen.

### **In den Jugendorganisationen der Parteien sieht es anders aus**

Egal welche Parteien nach der Wahl am 27. September die Mehrheit im Bundestag erringen, keine der möglichen Koalitionen wird die maßgeblichen Elemente der Religionspolitik in Deutschland ändern wollen beziehungsweise können. Weder für eine stärkere noch für eine schwächere politische Unterstützung der Religion stehen ausreichende Mehrheiten zur Verfügung. Anders sieht es hingegen in den Bundesländern aus, die ihre Religionspolitik im Rahmen der Vorgaben des Grundgesetzes frei gestalten können. Schon heute unterscheidet sich ihre Religionspolitik zum Teil deutlich. Künftig werden diese Unterschiede weiter zunehmen, weil die Konstellationen aus politischen Mehrheiten und religiös-weltanschaulicher Zusammensetzung der Bevölkerungen ganz andere Möglichkeiten und Notwendigkeiten der politischen Gestaltung mit sich bringen.

Da sich die Jugendorganisationen der Parteien – Jusos, Junge Liberale, Grüne Jugend und Linksjugend, nicht aber die Junge Union – für eine stärkere Trennung von Staat und Kirchen einsetzen, werden immer mehr Nachwuchspolitiker so sozialisiert, dass sie eine starke und ungleiche politische Unterstützung religiöser Gemeinschaften ablehnen. Sie werden ihre Ideen auf Bundesebene jedoch erst umsetzen können, wenn die Kirchenbindung und der Bevölkerungsanteil der Christen weiter sinken. Denn nach wie vor ist Deutschland ein mehrheitlich christliches Land.

**Zum Autor:**

Sven W. Speer, geboren 1982, erforscht in der Graduiertenschule des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ die Religionspolitik der Parteien in Deutschland. Neben der wissenschaftlichen Literatur wertet er dazu vor allem Parteiprogramme und Medienberichte aus.